

Tagesordnung III Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 11. Dezember 2008

Antrags-Nr. 08-F-06-0005

Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi) sind nachstehende Erweiterungen inhaltlich und programmtechnisch zu realisieren:

1. Die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse, sowie die der Ortsbeiräte sind rechtzeitig in das Informationssystem einzustellen.
2. Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.
3. Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in **vollem Wortlaut und - falls vorhanden - mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten** öffentlich gemacht.
4. Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zu Erreichbarkeit der-/desselben.
5. Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III), in den Ausschüssen und den Ortsbeiräten.
6. Das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) enthält künftig auch Angaben zu den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger/innen sowie aus deren Tätigkeiten in kommunalen Kontrollgremien und Gesellschaften.

Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0077 vom 14.02.2008:

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.01.2008 betr. „Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)“ wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ältestenausschuss überwiesen.

Beschluss Nr. 0010 des Ältestenausschusses vom 06.03.2008:

1. Der Bericht des Dezernates III vom 22.02.2008 wird zur Kenntnis genommen.

1. a) Die Punkte 1 und 4 des Antrags haben sich erledigt.
- b) Die Punkte 2, 3 und 6 des Antrags werden abgelehnt.
- c) Punkt 5 des Antrags wird in der folgenden Fassung angenommen:

Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III) und in den Ausschüssen.

Die Ortsbeiräte entscheiden jeweils eigenständig, ob sie eine solche Dokumentation für ihren Bereich erstellen lassen; entscheiden sie sich dafür, tragen sie die damit verbundenen Kosten aus eigenen Mitteln selbst.

Der Magistrat wird gebeten, die Kosten der Umsetzung - getrennt nach den Bereichen Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse und Ortsbeiräte, letztere jeweils einzeln - zu ermitteln und dem Ältestenausschuss zu dessen nächster Sitzung am 24.04.2008 vorzulegen.

Beschluss Nr. 0599

1. Der Bericht des Magistrats (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage-Nr. 08-V-03-0009, DL 24/08-2 und DL 22/08-2) über die Kosten einer möglichen Umsetzung des Abstimmungsverhaltens wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Darstellung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen und auch der einzelnen Mitglieder des jeweiligen Gremiums (Stadtverordnete, Ausschussmitglieder, Ortsbeiratsmitglieder etc.) ist für alle über PIWI abgebildeten politischen Gremien im Rahmen der Optimierung und notwendigen Reimplementierung des Systems im Sinne der Sitzungsvorlage-Nr. 08-V-03-0009 umzusetzen. Dabei ist Abstimmungsverhalten der einzelnen Mitglieder in der Weise darzustellen, dass jeweils namentlich aufgeführt wird, wer mit „Ja“, wer mit „Nein“ und wer mit „Enthaltung“ gestimmt hat; ein einzelner „Abweichler“ soll nicht darstellungstechnisch hervorgehoben werden.
3. Die mit der Darstellung des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Mitglieder verbundenen Mehrkosten von 25.000 Euro zzgl. MWSt. (s. Anlage 3 zur Sitzungsvorlage-Nr. 08-V-03-0009) sind dem Projektbudget zuzusetzen.

(antragsgemäß Ältestenausschuss 04.12.2008 BP 0087)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2008
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2008
im Auftrag

1. Dezernat III
2. Dezernat I/20
mit der Bitte um weitere Veranlassung
3. Abdruck:
Dezernat I/16
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Zieren-Hesse